

Einwohnerrat Pratteln

Protokoll Nr. 354

Einwohnerratssitzung vom Montag, 24. April 2006, 19.00 Uhr, in der Aula Fröschmatt II

Anwesend	35 Einwohnerrats-Mitglieder 7 Gemeinderats-Mitglieder
Abwesend entschuldigt	Philippe Doppler, Priska Forter, Brigitte Frei, Rudolf Meury, Aldo Pavan
Vorsitz	Werner Graber
Protokoll	Bruno Helfenberger
Weibeldienst	Martin Suter

Geschäftsverzeichnis

- | | | |
|-----|--|------|
| 1. | Ersatzwahl in das Wahlbüro für den Rest der Amtsperiode: Yael Graber anstelle von Christine v. Arx (<i>ohne Akten</i>) | 2429 |
| 2. | Ausdolungs- und Renaturierungskonzept (Bachkonzept) für die Prattler Fliessgewässer mit Vorschlägen für die Umsetzung | 2408 |
| 3. | Teil-Revision des Reglements über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen der EWG Pratteln (Mietzinsbeitrags-Reglement), 2. Lesung | 2397 |
| 4. | (Motion) Antrag von H. Schiltknecht betr. „Änderung von Ziff 3.3.2.4.2 des Geschäftsreglements des Einwohnerrates“, 1. Lesung | 2410 |
| 5. | Antrag von Urs Hess betr. „Änderung Ziff. 1.6.4 des Geschäftsreglements des Einwohnerrates“, 1. Lesung | 2416 |
| 6. | Interpellation von Stephan Ackermann betr. „Tramschlaufe“ | 2417 |
| 7. | Interpellation von Heinz Schiltknecht betr. „Bankgeschäfte der Gemeinde Pratteln | 2426 |
| 8. | Postulat von Stefan Löw betr. „Plakataushang auf öffentlichem Grund“ | 2427 |
| 9. | Volksinitiative „Reduktion des Prattler Gemeinderates“ | 2428 |
| 10. | Fragestunde (nach der Pause) | |

Neue persönliche Vorstösse:

- Motion von Petra Ramseier betr. „Gemeinderat nach Verhältniswahl (Proporz) wählen“
- Postulat von Stephan Ackermann betr. „Ombudsstelle“

Mitteilungen

- Aldo Pavan (SP) hat seinen Rücktritt als Einwohnerrat per 31. Mai 2006 bekannt gegeben.
- H. Schiltknecht hat die Beschwerde i.S. Vorfinanzierung von Erschliessungskosten durch die Möbel Pfister AG zurückgezogen.

Geschäft Nr. 2429

Ersatzwahl in das Wahlbüro

In stiller Wahl wird in das Wahlbüro für den Rest der Amtsperiode gewählt:

://: **Yael Graber (SP)**

Geschäft Nr. 2408

Ausdolungs- und Renaturierungskonzept (Bachkonzept) für die Prattler Fliessgewässer mit Vorschlägen für die Umsetzung

Aktenhinweis:

- Antrag des Gemeinderates vom 17. Januar 2006
- Ausdolungs- und Renaturierungskonzept Fliessgewässer vom Dezember 2004

GR Felix Knöpfel: Am 16.12.2002 hat der Einwohnerrat das Projekt für CHF 50'000.— bewilligt. Darauf hin wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Die Fraktionspräsidien haben nun eine recht umfangreiche Broschüre erhalten und Sie hatten die Möglichkeit, das Projekt zu studieren. Es handelt sich hier um eine relativ schwierige Materie. Ich habe mit Petra Ramseier vereinbart, dass allfällige Fragen von uns beiden beantwortet werden.

Petra Ramseier: Mein Postulat ist erfüllt. Das vorliegende Papier ist eine gute Leitlinie um zielgerichtet und effizient zu arbeiten.

Rös Graf: Die SP-Fraktion nimmt Kenntnis vom vorliegenden Konzept und möchte darauf eintreten.

Urs Hess: Das Geschäftsreglement sieht nicht vor, dass der Gemeinderat sagen kann, dass die Postulantin Auskunft geben kann. Der Gemeinderat hat Auskunft zu geben, auch wenn dies Petra Ramseier besser könnte als der zuständige Gemeinderat. Ich erwarte die Auskunft vom Gemeinderat.

Stefan Löw: Ich gehe mit Urs Hess einig. Die FDP-Fraktion ist für Eintreten.

GR Felix Knöpfel: Ich habe gesagt, dass wir beide zusammen die Fragen beantworten werden.

Urs Hess: Du bist der Gemeinderat und nicht Petra Ramseier.

://: Eintreten ist unbestritten.

Albert Willi: Das Ausdolkungskonzept ist ein typischer Papiertiger mit Widersprüchen. Es steht zum Beispiel, dass Drainagewasser nicht geeignet ist, um in Bäche zu fließen. Ich kenne unsere Bäche in Pratteln sehr gut und weiss, im Gegensatz zu anderen, wo sie sich befinden und wenn sie Wasser führen und wenn nicht. Wenn wir kein Drainagewasser in den Bächen hätten, dann wären sie trocken. Es gibt Bäche, wo nur Drainagewasser hineinläuft und Bäche, welche die Überläufe der Reservoirs oder Quellwasser auffangen. Einen Erlibach kann man gar nicht als Bach bezeichnen. Es hat jetzt viel geregnet und dieses Bächlein ist „fuzztrocken“. Das Hintererlibächlein hat überhaupt kein Wasser. Warum soll man dort Schrebergärten still legen und einen Bach öffnen, wo gar kein Wasser hinein fliesst. Ich könnte noch andere Beispiele nennen. Der Gemeinderat hat hier keine gute Arbeit geleistet und wir meinen, dass die CHF 50'000.— in den Sand gesetzt wurden. In den Gemeinden Frenkendorf oder Muttenz hätte man das gleiche Konzept gratis haben können. Es handelt sich hier um eine „Salamitaktik-Vorlage“. Hier steht nichts über das Geld. Die Kosten sind nur im „dicken“ Konzept aufgelistet. Bevor wir hier zustimmen, wollen wir eine genaue Auflistung der Kosten, der Pflegekosten und der Folgekosten. Es heisst: „Im Rahmen des ordentlichen Budgets“, was soviel heisst, wie durch das Hintertürchen hineingequetscht. Die genannte Gesamtsumme beläuft sich auf 9 Millionen und dafür wollen wir eine genaue Vorlage, inklusive Folgekosten.

Rös Graf: Wir haben eine andere Meinung. Wir nehmen das Konzept zur Kenntnis und unterstützen alle Anträge. Wir hoffen und wollen auch, dass Teilstücke und Abschnitte ausgeführt und umgesetzt werden. Das Konzept darf auf keinen Fall in der Schublade verschwinden. Auch wir hätten gerne konkretere Angaben zu den Vorstellungen des Gemeinderates mit entsprechenden Vorlagen. Auch über die Kosten hätten wir gerne mehr gewusst. Wir könnten uns als erste Massnahme die Ausdolkung des Baches durch den Jörinpark vorstellen. Die Aktivitäten des Gemeinderates werden wir anhand des Mehrjahresprogramms und des Finanzplans genau verfolgen.

Petra Ramseier: Albert Willi, bei den letzten beiden Seiten bist Du beim Lesen eingeschlafen. Dort sind alle Kosten aufgeführt, inklusive der Pflegekosten. Seite 34 und 35 im Kapitel 6.

GR Felix Knöpfel: Wir haben sehr weitgehende Rechtsgrundlagen. Im Anhang 1, Seite 2, sind die Rechtsgrundlagen aufgeführt. Es gibt viele Bundesgesetze und mehrere kantonale Gesetze. Diese Gesetze müssen wir einhalten. Wir haben hier ein Konzept und das hat noch nichts mit der Ausführung zu tun. Wir werden sicher in Tranchen vorgehen. Wir sind nicht so blauäugig, dass wir im Gemeinderat nicht wissen, dass eine Ausdolkung eines Baches im Siedlungsgebiet auf sehr grossen Widerstand stossen wird. Aber es gehört in das Konzept. Die meisten Arbeiten werden die Kanalisationskasse belasten.

Albert Willi: Der Einwohnerrat will doch wissen, was der Gemeinderat machen wird. Wir stellen den Antrag, dass betreffend Beschlüsse 4.3, 4.4 und 4.5 dem Einwohnerrat eine komplette Vorlage unterbreitet wird.

GR Felix Knöpfel: Wir werden sicher einen Vorschlag betreffend Revision des Kanalisationsreglements machen. Diese Sachen werden alle im Budget auftauchen und werden von uns sicher nicht irgendwo hineingeschmuggelt.

Stefan Löw: Betreffend Kosten möchte ich darauf hinweisen, dass rund 80 Prozent vom Kanton getragen wird. Selbstverständlich müssen wir mit unserem Geld haushälterisch umgehen.

Urs Hess: Wir stimmen hier dem Mehrjahresprogramm zu. Weiss jemand von Euch, wie viel das Mehrjahresprogramm kostet? Das steht nirgends. Das ist Salamitaktik und Versteckspiel. Darum wollen wir eine Vorlage mit den Gesamtkosten.

Petra Ramseier: Die Basis für den Erhalt von Kantonsgeleider ist, dass man ein Konzept hat und Projekte einreichen kann. Ein nächster Schritt sind Einzelvorlagen für den Einwohnerrat.

GR Felix Knöpfel: Die einzelnen Teile des Mehrjahresprogramms müssen entweder im Budget oder als Spezialvorlage erscheinen. Ich bitte Sie, das Konzept zur Kenntnis zu nehmen. Wir arbeiten nach dem Mehrjahresprogramm 2006 – 2012 und verstecken nichts.

Kurt Lanz: Ich stelle den Antrag, den ersten Satz im Beschluss 4.4 zu streichen. Wir nehmen das Mehrjahresprogramm dann zur Kenntnis, wenn das Programm vorliegt.

Peter Friedli: Die FDP-Fraktion stellt beim Punkt 4.4 folgenden Antrag: *„Er nimmt das Mehrjahresprogramm 2006 – 2012 zur Kenntnis. Die Massnahmen nach GEP und Wasserbaugesetz sind durch Einzelvorlagen zu bewilligen. Die übrigen Massnahmen im Rahmen des jährlichen Budgets unter Berücksichtigung der finanziellen Möglichkeiten“.*

Urs Hess: Dem Streichungsantrag von Kurt Lanz können wir zustimmen. Der zweite Satz muss wie folgt lauten: *„Die Massnahmen nach GEP und Wasserbaugesetz sind durch eine Gesamtvorlage zu bewilligen.“* Sonst haben wir die Salamitaktik.

Petra Ramseier: Antrag Urs Hess. Ich finde die Idee nicht gut, weil es keinen Sinn macht, alles zusammen in einem zu bewilligen. Es gibt Dinge, die zeitlich ganz andere Zeiträume beanspruchen. Beispiel: Die Ausdolung im Jörinpark ist ein politischer Entscheid mit einer langfristigen Planung von cirka 10 Jahren. Dann haben wir andere Dinge, die kurzfristig sind, weniger kosten und schnell realisiert werden können. Wir machen am Anfang eine Gesamtschau, wo wir alle Möglichkeiten einzeln und mit den Kosten aufführen. Es macht keinen Sinn alles zu koppeln. Wir müssen Einzelvorlagen machen gemäss Zeitplan des Gemeinderates und nach den finanziellen Möglichkeiten.

GP Beat Stingelin: Ich kann den Ausführungen von Petra Ramseier zustimmen. Eine Offerte ist kaum 15 Jahre gültig. Wenn wir eine Gesamtvorlage machen, dann stimmt diese bereits nach zwei Jahren nicht mehr. Eine Auflistung mit einem eventuellen Zeitplan ist gut. Entscheiden werden wir über die einzelnen Punkte. Ich bitte Dich, den Antrag zurückzuziehen.

Albert Willi: Das Volk hat Tempo 30 abgelehnt und jetzt kommt der Gemeinderat jedes Jahr mit einem Salami-Scheibchen. Geld haben wir überhaupt keines. Wir sind der Meinung, dass es hier genau so geht.

Kurt Lanz: Wenn Albert Willi Tempo 30 und die Salamitaktik ins Spiel bringt, dann halte ich folgendes fest: Das Volk hat tatsächlich generell abgelehnt, aber wenn man die einzelnen Quartiere befragt, dann kann das Volk jetzt partiell ja sagen. Hier kann der Gemeinderat Einzelvorlagen bringen und wir entscheiden. Wenn Ort und Kosten stimmen, dann stimmen wir zu und wenn Ort und Kosten nicht stimmen, dann lehnen

wir ab. Das ist der Vorteil bei einzelnen Vorlagen. Schon wegen der Teuerung stimmt bei der Gesamtvorlage in 10 Jahren nichts mehr.

GR Felix Knöpfel: Wenn es gut herauskommt, dann haben es alle gewusst. Wenn es schlecht herauskommt, dann ist der Gemeinderat schuld.

Abstimmungen

Der Einwohnerrat beschliesst mit 25 : 2 Stimmen und 8 Enthaltungen:

://: 1. Der Einwohnerrat nimmt in zustimmender Weise Kenntnis vom Zustandbericht Gewässer (1. Teil) und vom Entwicklungskonzept (2. Teil) des Ausdolungs- und Renaturierungskonzepts für die Prattler Fliessgewässer.

Der Einwohnerrat beschliesst mit grossem Mehr:

://: 2. Das am 11.12.2000 eingereichte und am 23.04.2001 überwiesene Postulat Nr. 2112 von Petra Ramseier wird abgeschrieben.

Der Einwohnerrat beschliesst mit grossem Mehr gegen 1 Stimme:

://: 3. Das Ausdolungskonzept ist im GEP zu integrieren, das nicht mehr zeitgemässe Kanalisationsreglement vom 21. 03. 1983 ist mittelfristig den neuen Verhältnissen anzupassen.

Anträge zum Beschluss Nr. 4:

1. Antrag Kurt Lanz: *„Die Massnahmen nach GEP und Wasserbaugesetz sind durch Einzelvorlagen zu bewilligen. Die übrigen Massnahmen im Rahmen des jährlichen Budgets unter Berücksichtigung der finanziellen Möglichkeiten“.*
2. Antrag FDP-Fraktion: *„Er nimmt das Mehrjahresprogramm 2006 – 2012 zur Kenntnis. Die Massnahmen nach GEP und Wasserbaugesetz sind durch Einzelvorlagen zu bewilligen. Die übrigen Massnahmen im Rahmen des jährlichen Budgets unter Berücksichtigung der finanziellen Möglichkeiten“.*
3. Antrag SVP-Fraktion zum 2. Satz: *„Die Massnahmen nach GEP und Wasserbaugesetz sind durch eine Gesamtvorlage zu bewilligen“.*

Petra Ramseier: Woher hat Urs Hess die 9 Millionen? Bereits im Konzept wird vorgeschlagen, nicht alle drei Bäche Talbach, Erlibach und Käppelmattbächli gemeinsam auszdolen. Wir haben hier die maximalen Varianten, aber die einzelnen Varianten müssen in der politischen Diskussion erst entschieden werden.

Urs Hess: Wir wollen die Diskussion führen, bevor das Geld ausgegeben wird. Zusammengezählt gibt es sogar mehr als 9 Millionen. Wir haben in dieser Vorlage nirgends Kosten, die wir festlegen können und deshalb wollen wir eine Gesamtvorlage mit einer Auflistung.

GR Max Hippenmeyer: Der GEP wurde beschlossen und es besteht eine Vorfinanzierung von rund 13 Millionen. Da arbeiten wir bereits daran. Da kann man nichts ändern und wir brauchen kein Gesamtkonzept. Hier geht es um Renaturierungen.

Stefan Löw: Unser Vorschlag ist ein Weg, den wir eigentlich immer beschritten haben.

Heinz Schiltknecht: Ich werde den Verdacht nicht los, dass Urs Hess einen Weg sucht, das Ganze zu bodigen. Er vergisst dabei, dass wir hier ein Konzept über mehrere Jahre haben. Wenn jemand die Gesamtkosten für ein Projekt mit einer Dauer von 10 – 20 Jahren verlangt, dann hat er einen „Dachschaden“. Es ist eine Illusion, eine solche Zahl herzuzaubern. Es gibt keinen Grund einen Gesamtkreditrahmen zu bewilligen, wenn wir gar nicht wissen, ob wir es realisieren oder nicht. Wir geben nur Geld aus, wenn wir es haben.

Urs Hess: Ich weiss sehr wohl was GEP und ein Ausdolungs- und Renaturierungskonzept ist. Es heisst ja, „die Massnahmen nach GEP und Wasserbaugesetz sind durch eine Gesamtvorlage zu bewilligen“. Das heisst noch lange nicht, dass wir den Kredit gesprochen haben müssen. Ich will nichts bodigen, sondern wir wollen nur wissen, was in den nächsten Jahren auf uns zukommt und was für Konsequenzen es gibt.

Kurt Lanz: Bei einer Ablehnung einer Gesamtvorlage ist alles vom Tisch. Das kann ja nicht die Meinung von Urs Hess sein. Das ist das Problem. Schön wäre es, wenn der Gemeinderat einen Zeitrahmen für die einzelnen Vorhaben erwähnen würde.

Petra Ramseier: Was braucht Urs Hess mehr, als das vorliegende Konzept? Alle Kosten sind in einer Grobschätzung aufgelistet, innerhalb und ausserhalb der Siedlung und in verschiedenen Varianten.

Stefan Löw: Die Kosten sind ersichtlich und ich hoffe, dass wir zur Abstimmung gehen können. Der Antrag von Urs Hess ist nicht mehrheitsfähig.

Urs Hess: Ich will, dass der Gemeinderat mit einer klaren Linie aufzeigt, wie das Programm über mehrere Jahre aussieht. Allenfalls haben die Massnahmen auch wieder auf das GEP einen Einfluss. Wir wollen eine Gesamtschau. Hier haben wir nur Varianten, aber es wird nicht gesagt, wie es ausgeführt werden soll.

GR Felix Knöpfel: Im Mehrjahresprogramm ist genau aufgelistet, was wir Euch vorschlagen. Gewisse Dinge wurden bereits gemacht und die Massnahmen kommen regelmässig in das Budget. Einmal bleibt es drin, das andere Mal wird es gestrichen. Im Weiteren verweise ich auf das Votum von Heinz Schiltknecht.

Heinz Schiltknecht: Jedes Jahr erhalten wir ein überarbeitetes Mehrjahresprogramm. Dort steht dann sehr wohl etwas über die Absichten des Gemeinderates. Dann wird es ins Budget aufgenommen und wir haben die Möglichkeit zu entscheiden.

Abstimmungen

://: a) Auf den Antrag von Kurt Lanz entfallen 22 Stimmen, auf den Antrag der FDP-Fraktion entfallen 12 Stimmen. 1 Enthaltung.

://: b) Der Antrag der SVP-Fraktion wird mit 22 : 9 Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt.

Der Einwohnerrat beschliesst mit grossem Mehr gegen 2 Stimmen:

://: 4. Die Massnahmen nach GEP und Wasserbaugesetz sind durch Einzelvorlagen zu bewilligen. Die übrigen Massnahmen erfolgen im Rahmen des jährlichen Budgets.

Der Einwohnerrat beschliesst mit grossem Mehr:

://: 5. Die Zonenvorschriften Siedlung (ZVS) sind entsprechend dem Konzept und GEP anzupassen.

Beschluss Nr. 6:

Heinz Schiltknecht: Ich stelle den Antrag für folgende Formulierung: „Die mutmasslichen Kosten sind entsprechend den finanziellen Möglichkeiten in den Mehrjahresprogrammen und in den Finanzplänen zu berücksichtigen.“

GR Felix Knöpfel: Das ist keine gute Idee. Das Mehrjahresprogramm ist bereits umschrieben und wir möchten das nicht mehr ändern.

Urs Hess: Ich schlage als weiteren Beschluss vor: „Der Gemeinderat legt dem Einwohnerrat ein jährliches Mehrjahresprogramm vor.“

Heinz Schiltknecht: Da es eine längerfristige Angelegenheit ist, reden wir nicht nur von einem Mehrjahresprogramm. Das ist ein Denkfehler von Felix Knöpfel. Es sind mehrere Mehrjahresprogramme. Mehrjahresprogramm, Finanzplan und Budget sind die drei Anker, welche die Finanzen der Gemeinde Pratteln retten.

Petra Ramseier: Ich schlage vor, die Jahre zu erwähnen, damit man einen chronologischen Eindruck des Ablaufs hat.

In der Diskussion wurden keine neuen Argumente vorgebracht.

Urs Hess zieht seinen Antrag zu Gunsten Antrag Heinz Schiltknecht zurück.

Der Einwohnerrat beschliesst mit 23 : 7 Stimmen und 5 Enthaltungen:

://: 6. Die mutmasslichen Kosten sind entsprechend den finanziellen Möglichkeiten in den Mehrjahresprogrammen und in den Finanzplänen zu berücksichtigen.

Geschäft Nr. 2397

Teil-Revision des Reglements über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen der EWG Pratteln (Mietzinsbeitrags-Reglement), 2. Lesung

Aktenhinweis:

- Antrag des Gemeinderates vom 15. November 2005
- Ergänzungen vom 10. Januar 2006

2. Lesung

§ 7

GR Uwe Klein: Stefan Löw wollte den Paragraphen streichen. Das kantonale Gesetz über die Mietzinsbeiträge gibt den Gemeinden vor, sich in ihren Reglementen zur Angemessenheit der Wohnungsgrösse zu äussern. Es muss also drin bleiben.

Stefan Löw: Das war Dominic Strub.

§ 10

GR Uwe Klein: Für Kurt Lanz ist es betreffend controlling ein Problem, wenn der Gemeinderat Entscheidungen der Abteilungsleitung überträgt. Ein eigentliches controlling gibt es nicht. Angesprochen ist eher die Kontrolle über die Entscheidung der Abteilungsleitung. Der Gemeinderat ist jederzeit befugt, über die Entscheidungen der Abteilungsleitung informiert zu werden. Letztendlich bleibt aber der Gemeinderat verantwortlich für die Entscheidungen der Abteilungsleitungen. Als weiteres Kontrollmittel steht im Paragraf 13: „*Gegen Verfügungen des Gemeinderates kann innert 10 Tagen beim Regierungsrat Beschwerde erhoben werden.*“ Man ist genug abgesichert und in anderen Reglementen ist das auch so formuliert.

Kurt Lanz: Ich habe generell Mühe damit, wenn es heisst: „über Gesuche entscheidet der Gemeinderat“ und dann delegiert er. Aus diesem Grund hat der Gemeinderat zu entscheiden. Ich stelle den Antrag für folgende Formulierung im Paragraf 10 1 bis: „*Über Gesuche entscheidet der Gemeinderat.*“ Der Rest ist zu streichen.

Dieter Stohler: Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen. Es steht dem Gemeinderat zu, Dinge zu delegieren, die nicht so von politischer Bedeutung sind. Wo kämen wir denn hin, wenn jedes Gesuch vor den Gemeinderat muss. Das ist völlig ineffizient und praxisfremd.

Dominic Strub: Ich schliesse mich dem Vorredner an. Die fachliche Kompetenz kann von der Abteilungsleitungen und den Sachbearbeitern getragen werden.

Urs Hess: Der Gemeinderat ist zuständig und auch verantwortlich. Kurt Lanz hat es richtig gesehen, aber wir können auch mit dieser Formulierung leben.

Dieter Stohler: Angesichts der Unwichtigkeit dieser Vorlage lohnt es sich nicht darüber zu debattieren. Wenn der Antrag formuliert ist, dann bin ich der erste der dafür ist.

Chantal Jenny: Ich bitte Sie, die Kompetenzdelegation im Reglement zu belassen. Es ist heutige Praxis, dass die Entscheidungen der Abteilungsleitung dem Gemeinderat als so genanntes „Summarisches Geschäft“ zur Genehmigung unterbreitet werden. Abschliessend entscheidet der Gemeinderat.

GR Uwe Klein: Bei Summarischen Geschäften hat der Gemeinderat Einsicht, er diskutiert aber nicht darüber.

GR Elisabeth Schiltknecht: Der Antrag von Kurt Lanz ist richtig, weil am Schluss der Gemeinderat entscheidet. Die Abteilungsleitung bereitet das Geschäft vor. Das ist bei den Baugesuchen gleich.

://: Der Antrag von Kurt Lanz wird mit 15 : 13 Stimmen mit 7 Enthaltungen angenommen.

Schlussabstimmung

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr:

://: Die Teilrevision des Reglements über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen der Einwohnergemeinde Pratteln (Mietzinsbeitrags-Reglement) wird mit der in der Detailberatung beschlossenen Änderung genehmigt.

Geschäft Nr. 2410**(Motion) Antrag von H. Schiltknecht betr. „Änderung von Ziff 3.3.2.4.2 des Geschäftsreglements des Einwohnerrates“, 1. Lesung**Aktenhinweis:

- (Motion) Antrag von H. Schiltknecht betr. „Änderung von Ziff 3.3.2.4.2 des Geschäftsreglements des Einwohnerrates“ vom 19. Januar 2006

Benedikt Schmidt: Der Antrag von Heinz Schiltknecht geht uns zu weit. Wir stellen folgenden Antrag: „3.3.2.4.2 neu: *Ihr werden Vorlagen zugewiesen, die Fragen der Orts- und Raumplanung betreffen. Ihr können Vorlagen zugewiesen werden, die Tief- und Hochbau, Strassen – und Baulinien, den Erwerb von Land und Liegenschaften für Bauvorhaben betreffen.*“ Wenn alle Geschäfte an die Kommission gehen, dann arbeitet diese Kommission Tag und Nacht. Deshalb wollen wir nur Sachen der Orts- und Raumplanung an die Kommission überweisen. Der Rest bleibt fakultativ.

Urs Schneider: Beide Anträge gehen zu weit. Wenn wir alle Geschäfte überweisen, dann müsste man die Kommission allenfalls erweitern und eine 7-er oder 9-er Kommission schaffen. Wir möchten das Reglement so belassen und nach der Debatte im Rat die Möglichkeit haben, ein Geschäft allenfalls an die Kommission zu überweisen.

André Stöckli: Die FDP-Fraktion teilt die Meinung der SVP. Für ein klares Geschäft, wie zum Beispiel die Mutation „Paradies“, müsste eine Sitzung einberufen werden. Das bedeutet Ineffizienz, Verzögerungen und Generierung von Kosten. Klärungen können sich auch zwischen der ersten und zweiten Lesung ergeben. Ich erinnere an die beiden letzten QP's Oberematt und Meierhof. Am meisten Sorge macht mir die Tatsache, dass wir hier eine „Kommissionitis“ einleiten und viele Kosten generieren würden.

Heinz Schiltknecht: Sie möchten dem Antrag nicht Folge leisten und lieber stundenlang diskutieren. Am Schluss überweisen wir dann trotzdem an die Kommission. Das können Sie nicht abstreiten. Andere Einwohnerräte kennen das bereits und es wird dort standardgemäss so abgewickelt, wie ich das vorgeschlagen habe. Budget und Rechnung gehen auch direkt an die RPK. Ich verstehe die Argumente der Unabhängigen und habe gewisse Sympathien dafür. Eine Kommissionsüberweisung trägt zur Effizienz der Abläufe bei und verhindert stundenlange Sitzungen. Ich ziehe meinen Antrag zu Gunsten des Antrages der Unabhängigen zurück.

://: Heinz Schiltknecht zieht die Motion Nr. 2410 zurück.

GP Beat Stingelin: Ich habe Verständnis dafür, dass man gewisse Dinge an Kommissionen überweist. Andererseits waren die langen Diskussionen im Rat gar nicht schlecht und die Kommission hat gewusst, in welche Richtung es geht. Wenn das fehlt, haben wir die gleich langen Diskussionen. Der Einwohnerrat hat bisher nicht alles falsch gemacht. Das Reglement soll so bleiben wie es ist und Sie haben mit dem Wort „*können*“ die Möglichkeit, alles einer Kommission zu überweisen.

Petra Ramseier: Der Vorteil unserer Variante ist, dass sich die BPK systematisch mit der Orts- und Raumplanung befasst. Dadurch erhält sie eine gewisse Routine und erreicht einen Stand, das sich auf einem höheren Niveau bewegt. Das ergibt eine Qualitätssteigerung unserer Arbeit. Die Debatten im Voraus sollten wir in den Parteien

führen und die Fragen direkt der Kommission unterbreiten. Dann geht das Ganze nicht im Plenum los.

Dieter Stohler: Unter dem Stichwort Effizienz hat der Antrag gewisse Sympathien in der FDP-Fraktion ausgelöst. Aber es gibt viele unwichtigere Geschäfte, welche an zwei Lesungen unbestritten und ohne Kommission beraten worden sind. Das geht bei einer zwangsmässigen Überweisung nicht mehr. Wenn wir das ganze Einwohnerratswesen effizienter gestalten wollen, dann müssten konsequenterweise noch fünf weitere Kommissionen dazukommen. Ich erinnere an das Friedhofsreglement. Theoretisch sympathisch, aber nach Abwägung der Pro und Contras ist die bisherige Praxis in unserem Milizsystem die schlankere Variante. Der Antrag geht uns zu weit.

Urs Hess: Es wundert mich, dass der Gemeinderat Empfehlungen abgibt, wenn der Einwohnerrat sein eigenes Reglement berät. Ich hatte beim Antrag von Heinz Schiltknecht gewisse Sympathien, aber mit dem Antrag der Unabhängigen kann ich überhaupt nichts anfangen. Ich verweise auf die Argumente von André Stöckli. Nach erfolgter Güterabwägung sollte es so bleiben, wie es ist.

Kurt Lanz: 10 Minuten Einwohnerratssitzung bedeuten eine Stunde BPK. Bei ganz kleinen Geschäften kann die BPK eine Stunde zusammensitzen und dann kommt es in den Einwohnerrat. Wenn wir im Einwohnerrat 10 Minuten sparen, dann ist das schon effizienter. Der Antrag für eine generelle Überweisung ist nicht schlecht.

Fredi Wiesner: Wenn die Geschäfte früher den Räten verschickt werden, dann brauchen wir nicht alles der BPK zu überweisen. Dann kann man das Geschäft in der Fraktion richtig diskutieren.

GP Beat Stingelin: Ich melde mich trotzdem, auch wenn ich nichts zu sagen habe. *(Gelächter)* Die Traktandenliste macht der Einwohnerrat, respektive der Präsident. Setzen Sie doch die Geschäfte einen Monat weiter hinaus. Dann können Sie das Geschäft einen Monat zu Hause behalten bis es an die Kommission weitergegeben wird. Die Traktandenliste kann gesteuert werden.

://: Der Antrag von Benedikt Schmidt wird mit 18 : 17 Stimmen abgelehnt.

Einwohnerratspräsident Werner Graber: Heinz Schiltknecht hat den Antrag als Motion eingereicht. Diese Motion hat er zu Gunsten des Antrags der Unabhängigen zurückgezogen. Ohne Ihre gegenteilige Meinung ist das Geschäft vom Tisch, weil Sie auch den Antrag der Unabhängigen abgelehnt haben.

Geschäft Nr. 2416

Antrag von Urs Hess betr. „Änderung Ziff. 1.6.4 des Geschäftsreglements des Einwohnerrates“, 1. Lesung

Aktenhinweis:

- Antrag von Urs Hess betr. „Änderung Ziff. 1.6.4 des Geschäftsreglements des Einwohnerrates“ vom 20. Februar 2006

Urs Hess: Das ist der Antrag für eine Effizienzsteigerung. Wir wollen die Geschäfte 14 Tage und nicht 10 Tage vorher. Wir würden die Unterlagen am Dienstag erhalten und das würde dem Rat in der Vorbereitung helfen.

Rös Graf: Das bringt uns eigentlich gar nicht viel. Besser wären zwei Wochenende. Die SP-Fraktion will bei 10 Tagen bleiben.

Stephan Burgunder: Bei komplexen Geschäften erhalten wir die Unterlagen früher. Bei einer Erhöhung der Frist auf 14 Tage verlieren wir an Aktualität und Flexibilität. Seien wir doch ehrlich: wer studiert die Unterlagen 14 Tage vor der Sitzung? Die FDP ist gegen die Änderung.

Petra Ramseier: Die Fraktion der Unabhängigen unterstützt den Antrag.

Kurt Lanz: Auch wenn der Gemeinderat beim Geschäftsreglement des Einwohnerrates nichts zu sagen hat, möchte ich vom Gemeinderat wissen, wie er sich das vorstellt. Das Büro des Einwohnerrates hat die Möglichkeit und Entscheidungsbefugnis, ein Geschäft, das zu spät kommt, nicht mehr auf das Geschäftsverzeichnis zu nehmen. Belassen wir das Reglement wie es ist und lehnen Sie den Antrag ab.

Urs Hess: Ich staune über die Diskussion und über die offenkundige Darlegung der FDP, dass alles im letzten Moment studiert wird. Es wundert mich deshalb nicht, dass diese Partei langsam auseinander fällt. *(Gelächter)* Ich bin erstaunt. Alle haben immer gesagt, dass die Unterlagen zu spät kämen. Jetzt bringen wir einen konstruktiven Vorschlag und der Einwohnerrat sollte sich seiner Verantwortung bewusst sein und die Arbeit nicht im letzten Moment erledigen.

GP Beat Stingelin: Auf der Verwaltung kommen sehr viele Geschäfte im letzten Moment in den Gemeinderat. Das ist personell bedingt und von der Wirtschaft, die Druck bei gewissen Geschäften ausübt. Bei einer Änderung ist es tatsächlich so, dass gewisse Geschäfte einen ganzen Monat verzögert werden. Ich frage mich, ob das im Sinn von wirtschaftlichen Aspekten ist.

Stephan Ackermann: Meine persönliche Sicht: Ich wäre froh um die 14 Tage, weil ich mich nicht nur auf die Einwohnerratssitzung vorbereite. Ich will in der Fraktion auch vorbereitet sein, um fundiert diskutieren zu können. Nach dem Gesagten in den letzten Jahren wundere auch ich mich über die Diskussion. Stimmen wir doch dem Antrag zu. Nach einer kurzen Umstellung läuft das neue System.

Stefan Löw: Wir sind mit unserem know-how durchaus im Stand, das auch in 10 Tagen zu erledigen. Nach der Fraktion kann die Arbeit in Subkommissionen durchaus weitergehen. Wenn kein Ergebnis da ist, kann das Geschäft immer noch abgesetzt werden. Jede Fraktion hat ihren eigenen Stil. Bleiben wir bei 10 Tagen.

Olga Aeberhard: Ich unterstütze den Antrag der SVP. Wenn Sie die Unterlagen erst am Montag erhalten, können Sie gar nicht ernsthaft diskutieren. Dazu gehören auch die Abonnenten.

Kurt Lanz: Das Büro kann den ungeschriebenen Auftrag von uns entgegen nehmen, dass nur noch Geschäfte traktandiert werden, die 14 Tage vorher versendet wurden. Die Fraktionen können beim Präsidenten vorstellig werden. Dieser muss das Gespür dafür bekommen, welche Geschäfte er traktandieren will und welche nicht. Es kann aber nicht sein, dass ein kleines Geschäft aufgrund der längeren Frist nicht behandelt werden kann.

Dieter Stohler: Mit der Regelung beschränken wir uns nur selber. Es ist nicht nur eine einmalige Umstellung. Das heisst, dass die Rechnung jedes Jahr erst im August abgenommen wird. Ich wundere mich mindestens so stark über Urs Hess. Du begründest den Antrag mit Effizienzgründen. Welches Parlament arbeitet effizienter?

Das Parlament, welches die Unterlagen innert 10 Tagen oder das Parlament, dass die Unterlagen innert 14 Tagen erhält?

Fredi Wiesner: Das Geschäftsverzeichnis wird vom Präsident gemacht und dieser kann ja nicht jedes Mal sagen, dass er ein Geschäft nicht traktandiert. Man will ja miteinander gut auskommen. Gewisse Dinge müssen auf das Geschäftsverzeichnis, ob er will oder nicht. Betreffend Umstellung ist es eine Frage des Anfangs und des Endtermins. Es ist alles eine Frage der Organisation. Die Leute, die ein Geschäft traktandieren wollen können das Geschäft früher abgeben, ansonsten ist es weg. Hier heisst es ja immer: „Die Fraktion hat beschlossen.“ Dann ist das die Meinung der Fraktion. Ich nehme nicht gerne an einer Fraktionssitzung teil, wenn ich etwas nicht richtig studieren kann. Ich kann nicht jeden Montag bis am Abend Abklärungen treffen, sofern dies notwendig ist. Es gibt Einwohnerräte, die Unterlagen 30 Tage vorher erhalten. Das funktioniert.

Chantal Jenny: Es ist manchmal tatsächlich sehr eng vom Erhalt der Unterlagen bis zur Fraktionssitzung. Es ist bei uns schon oft vorgekommen, dass die Unterlagen erst am Montag angekommen sind. Ich bitte Sie aber den Poststempel zu beachten. Es ist nicht die Schuld des Sekretariates, sondern es ist die Post, die uns einen Strich durch die Rechnung macht, obwohl wir teures Geld für das Porto bezahlen. Aus eigener Erfahrung darf ich sagen, dass in der Verwaltung auch beim Gemeinderat eine Umstellung betreffend Eingabefristen der Vorlagen erfolgt ist. Am Anfang war das eine Umgewöhnung. Jetzt funktioniert das, als ob es nichts anderes gegeben hat. Eine Änderung per 1. Juli wäre ideal und ich bitte Sie, den Antrag gutzuheissen.

://: Der Antrag von Urs Hess wird mit 20 : 12 Stimmen und 3 Enthaltungen angenommen.

Chantal Jenny beantragt, auf die 2. Lesung zu verzichten.

://: Der Antrag wird mit 17 : 15 Stimmen und 3 Enthaltungen angenommen. Das 2/3-Mehr wird aber nicht erreicht und der Verzicht auf eine zweite Lesung ist abgelehnt.

Ende 1. Lesung

Geschäft Nr. 2417

Interpellation von Stephan Ackermann betr. „Tramschlaufe“

Aktenhinweis:

- Interpellation Nr. 2417 vom . 2006

GR Felix Knöpfel: Es stimmt, dass einzelne Trams immer noch quietschen. Das wurde an einer Sitzung des Beirates bei der BLT bereits im Frühjahr 2004 moniert. Der Wunsch nach Verbesserungen wurde bei Frau Regierungsrätin Elsbeth Schneider am 12. April 2005 eindringlich wiederholt. Dies anlässlich einer gemeinsamen Sitzung. Ich zitiere aus dem Protokoll der Sitzung: *„Laut GR U. Klein hat sich die Situation an der Endschlaufe trotz Sanierung nicht wesentlich verbessert. Es quietscht nach wie vor; eine Lösung wäre die Bewässerung der Schienen. Weiteres Vorgehen: 1. Der Kanton gibt den zuständigen Stellen (Lärmschutz ÖV) den Auftrag, die Situation an der Tramendschlaufe der Linie 14 zu überprüfen.“* Wir müssen ganz klar festhalten, dass der Gemeinderat nicht viel machen kann. Das ist eine Angelegenheit der BLT, BVB und des Kantons. Zu den Fragen: 1. *Welche Arbeiten wurden im Jahr 03*

umgesetzt? Die BVB hat den Auftrag, das Schienennetz zu unterhalten. Die Schlaufe wurde vollständig ersetzt und der Radius wurde von 12 auf 15 Meter vergrössert. Anstelle des dürrtigen Untergrundes wurden die Schienen einbetoniert und man hat mit lärmdämmenden Matten versucht, den Körperschall zu vermeiden. Die Schlaufe wurde horizontal verlegt, damit allenfalls eine Wasserschmierung eingebaut werden könnte. *2. Wie hoch wurden damals die Erfolgsaussichten auf Besserung eingeschätzt?* Selbstverständlich wurden sie hoch eingeschätzt, sonst hätte man bereits damals eine Wasserschmierung gemacht. *3. Wurden jemals Lärnmessungen vorgenommen?* Der Kanton hat das nicht vorgenommen. Der Lärm ist offensichtlich, aber nicht jedes Tram quietscht. Die so genannten „Berner-Träml“ quietschen am meisten. *4. Stand eine Nachrüstung mit einer so genannten Wasserschmierung zur Diskussion?* Jawohl. Die horizontale Verlegung der Schienen ist als Option für eine Wasserschmierung gedacht. Es ist eine gute Sache, aber sehr teuer. Die Montage kostet rund CHF 50'000.—. Dazu kommt die jährliche Wassergebühr von rund CHF 5'000.—. *5. Ist der Gemeinderat auch der Meinung, dass die Lärmquelle an der Wendeschlaufe des 14ers erneut angegangen werden muss oder hat er dafür kein Musikgehör?* C'est le ton qui fait la musique. Wir sind auch nicht glücklich und haben beim Kanton vorgeschlagen. Am 20. März hat die BVB mit dem Kanton eine Sitzung abgehalten. Dort wurde beschlossen, dass die zwei möglichen Technologien überprüft werden. Die BVB muss bis Ende Mai dem Kanton einen Vorschlag unterbreiten. Der Kanton will bis im Herbst entscheiden und ich meine, dass bis Ende Jahr eine Bewässerungsanlage eingesetzt werden könnte. Es ist aber klar, dass es nie ganz quietschfrei sein wird. Das Quietschen ist unangenehm und ich höre das bis zu mir nach Hause.

://: Mit grossem Mehr wird Diskussion beschlossen.

Stephan Ackermann: Ich bedanke mich für die Beantwortung. Steter Jammer höhlt den Stein und ich hoffe, dass wir mit vereinten Kräften zu einem Ziel kommen und der Gemeinderat beim Kanton sagen kann, dass der Einwohnerrat und die Einwohner Änderungen erwarten. Ich finde es eine Zumutung, dass Pratteln mit dem „Berner-Tram“ bedient wird. Es kann nicht wirklich sein, dass wir das schlechteste Rollmaterial haben, obwohl dies -bis vor kurzem war das noch so- die lukrativste Linie ist.

Geschäft Nr. 2426

Interpellation von Heinz Schiltknecht betr. „Bankgeschäfte der Gemeinde Pratteln

Aktenhinweis:

- Interpellation Nr. 2426 vom 27. März 2006

GR Max Hippenmeyer: „Das Gerücht ist immer grösser als die Wahrheit“ besagt ein altes Sprichwort und so verhält es sich auch in diesem Fall. Die Beantwortung der beiden Fragen ist sehr schwierig, denn ich weiss nicht genau, welche Geschäfte da gemeint sind. Handelt es sich um den Zahlungsverkehr, Kreditgeschäfte, Leasing, Börsengeschäfte oder Festgeldanlagen, um nur einige Möglichkeiten aufzuzählen. Deshalb und um die Verwaltung - falls tatsächlich sämtliche Bankgeschäfte gemeint wären - von einem ungebührlichen Aufwand angesichts der zur Verfügung stehenden Ressourcen zu bewahren, beschränke ich mich auf grundsätzliche Bemerkungen: Wir machen zwar Geschäfte mit der UBS, aber bei weitem nicht nur. So wird beispielsweise praktisch der gesamte Zahlungsverkehr seit Jahrzehnten über die Kantonalbank und die Post abgewickelt. Wir sind bestrebt, alle Anbieter ausgewogen zu berücksichtigen, schliessen die Geschäfte aber dort ab, wo die besten Konditionen angeboten werden. Bei mehreren gleich lautenden, besten Offerten machen wir den

Abschluss in der Regel mit demjenigen Partner, der das kleinste Geschäftsvolumen mit uns aufweist. Dies mit der Absicht der Risikoverteilung. Unsere mittel- und langfristigen Kreditgeber werden übrigens seit Jahren namentlich in der Rechnung publiziert, der Anteil der UBS per Ende 2005 beträgt 17,5 Prozent. Zum Schluss noch eine persönliche Bitte an Heinz Schiltknecht: Ich weiss nicht, welche Absicht hinter dieser Interpellation steckt und kann mir nicht vorstellen, wie oder warum diese normale, tägliche Verwaltungsarbeit Gegenstand einer Einwohnerratsdebatte sein kann. Wenn es darum geht, herauszufinden ob unsere finanziellen Risiken und Abhängigkeiten einseitig verteilt sind, kannst Du als RPK-Mitglied das doch einfach im direkten Dialog mit den Verantwortlichen überprüfen oder allenfalls durch unsere Revisionsgesellschaft. Dazu ist meines Erachtens keine auf Gerüchten basierende Interpellation nötig, die immer einen beträchtlichen Aufwand auslöst. Ich danke für das Verständnis, dass ich die Interpellation nicht dem Buchstaben getreu beantwortet habe und hoffe, dass Du trotzdem damit zufrieden bist und dass ein Zitat des griechischen Dichters Homer der meinte „Doch wir horchen allein dem Gerücht und wissen durchaus nichts“ in diesem Fall nicht zutrifft.

Geschäft Nr. 2427

Postulat von Stefan Löw betr. „Plakataushang auf öffentlichem Grund“

Aktenhinweis:

- Postulat Nr. 2427 vom 19. März 2006

GR Rolf Wehrli: Der Gemeinderat ist bereit, das Postulat zu übernehmen.

Stephan Ackermann: Effizient, Herr Wehrli. Eine Frage an Stefan Löw: Wie stellt man sich das konkret vor? Sollen von der Gemeinde Plakatwände zur Verfügung gestellt werden oder werden nach dem Proporz der Wählerstärke irgendwelche Werbeflächen bestimmt?

Chantal Jenny: Schon bei der Interpellation von Gert Ruder betreffend verplakatiertes Pratteln haben wir nicht unbedingt das Gefühl gehabt, dass dringender Handlungsbedarf besteht. So geht es uns auch bei diesem Postulat. Die Plakatierung beschränkt sich auf 6 Wochen und das rund 4 Mal im Jahr. Die Definition der Standorte ist nicht notwendig. Die Richtlinien des Gemeinderates betreffend Plakatwesen geben über das wenn, wo und wie klar Auskunft. Wir werden der Überweisung nicht zustimmen.

Kurt Lanz: In diesem Fall schätzt die SP den freien Wettbewerb. Wir wollen diese Freiheit behalten und wollen nicht mehr Staat. Ich verweise auf das Votum von Chantal Jenny. Wir bitten Sie, das Postulat nicht zu überweisen.

Stefan Löw: In meiner langjährigen Erfahrung als verantwortlicher Plakatierungschef ist mir so einiges aufgefallen. Ich habe mit vielen Personen gesprochen und das Unbehagen gespürt. Jeder empfindet die jetzige Plakatierung als störend. Es mag sein, dass es für einzelne Parteien so gut ist. Warum ein Postulat? Ich lasse es dem Gemeinderat offen, wie er das zu reglementieren gedenkt und wie viele Standorte die Gemeinde zur Verfügung stellt. Jede Partei und Interessengruppe muss die gleiche Fläche zur Verfügung haben. Die Plakatierung auf Privatgrund ist dann jedem frei überlassen. Das gegenseitige Übertrumpfen mit Plakaten finde ich daneben.

Kurt Lanz: Ich bitte Sie, die Grundstückverteilung in öffentlichen und privaten Boden in Pratteln zu betrachten. Dann ist es nicht mehr gleich gemacht, sondern ungleich.

GR Rolf Wehrli: Vor Wahlen und Abstimmungen ist es tatsächlich so, dass es beim Schloss und beim Burggartenschulhaus ein wenig verwildert. Das macht keine schöne Gattung. Bei gewissen Plakaten muss man sich schon fragen: wie werden diese unterhalten und gibt es eine Gruppe, die sich darum kümmert? Dazu kommen kreative Personen im Dorf, die aus den Plakaten die schönsten Kunstwerke machen. Die Leute erkennt man nicht mehr. Dem Gemeinderat geht es darum, die Angelegenheit zu prüfen und einen Vorschlag auszuarbeiten. Es geht nicht um die Beschneidung einzelner.

Stephan Ackermann: Ich sehe das nicht als Verunstaltung, sondern als eine gewisse Bereicherung. Es ist Ausdruck von gelebter Demokratie und zur Politik gehören auch Plakate vor Abstimmungen und Wahlen. Wir sagen immer, dass unsere Verwaltung viel und genug zu tun hat und ich glaube nicht, dass das jetzt das Wichtigste ist. Wahlen haben wir alle 4 Jahre.

Urs Hess: Ich staune über den Gemeinderat, da er ja von einer dauernden Überlastung der Verwaltung redet. Ausgerechnet ein Postulat wie dieses will man entgegennehmen. Das Postulat ist nicht zu überweisen.

Stefan Löw: Ich merke, dass das Postulat keine Mehrheit findet. Ich werde nach den Wahlen wieder etwas einfließen lassen und übergebe jetzt die Verantwortung dem Gemeinderat. Er hat ein Reglement, das einzuhalten ist. Wenn es nicht eingehalten wird, werde ich mich wieder öffentlich äussern. In diesem Sinn ziehe ich mein Postulat zurück.

://: Stefan Löw zieht das Postulat Nr. 2427 zurück.

Die Sitzung wurde um 21.55 Uhr abgebrochen.

Pratteln, 4. Mai 2006

Für die Richtigkeit:

EINWOHNERRAT PRATTELN

Der Präsident Der Sekretär

Werner Graber Bruno Helfenberger